

Tabakarbeiter

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Erscheint Sonnabends. Redaktionschluss
Montags. Bezugspreis monatlich 40 ¢
ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 35 ¢
für die sechsgehaltene Millimeterzeile.
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen,
An der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-
antwortlich: für den redaktionellen Teil
Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-
Verband, Ferdinand Husung. Druck: J.H.
Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 24

Bremen, 11. Juni

Jahrgang 1932

An die Zigarrenarbeiterschaft Deutschlands! Kolleginnen und Kollegen!

Die Würfel sind gefallen! Mit Schreiben vom 27. Mai 1932 hat der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller (R. d. Z.) sowohl den Mantel-Tarifvertrag wie auch das Lohnabkommen zum 31. Juli d. J. gekündigt. Zum gleichen Termin sind alle Bezirkstarifverträge von den in Betracht kommenden Bezirksgruppen des R. d. Z. aufgeköndigt worden.

Aus der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ ist bereits bekannt, daß der R. d. Z. willens war, diese Kündigungen zurückzunehmen und die Geltungsdauer der laufenden Tarifverträge bis zum 31. März 1933 zu verlängern, wenn die Tabakarbeiter-Verbände sich damit einverstanden erklären würden, daß der tarifliche Ferienanspruch für das Jahr 1932 außer Kraft gesetzt wird. Dazu wurde gefordert, das Lohnabkommen mit einer Klausel zu versehen, die den Tarifvertragsparteien das Recht gibt, von einem bestimmten Zeitpunkt an, noch vor dem 31. März 1933 eine Nachprüfung der Löhne zu verlangen.

Vorstand, Beirat, Ausschuß und Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes sind nun am 4. Juni im Bremer Volkshaus zusammengewesen, um zu dem Angebot des R. d. Z. Stellung zu nehmen. Im vollen Bewußtsein ihrer schweren Verantwortung und der Tragweite des zu fassenden Beschlusses sind sie an die Prüfung des Vorschlages des R. d. Z. herangegangen, dem nach eingehender Aussprache und nach Abwägung aller Möglichkeiten, den Dingen einen für die Zigarrenarbeiterschaft günstigen Verlauf zu geben, einmütig die Zustimmung versagt wurde.

Einmütig haben sie es abgelehnt, der Zigarrenarbeiterschaft zuzumuten, wenn auch nur für ein Jahr, auf die Ferien oder deren Bezahlung zu verzichten. Einer Meinung waren sie auch darüber, daß man den Deutschen Tabakarbeiter-Verband nicht mit dem Vorwurf belasten dürfe, den in langer und zäher Arbeit erkämpften tarifmäßigen Ferienanspruch widerstandslos preisgegeben zu haben und damit der übrigen Arbeiterschaft im Ringen um ihre Ferien und deren Bezahlung in den Rücken gefallen zu sein. Ebenso einmütig war die Ablehnung der beantragten Lohnklausel, die vom R. d. Z. wohl niemals in Vorschlag gebracht worden wäre, wenn sie nicht dem Zweck dienen sollte, einem weiteren Lohnabbau in der Zigarrenherstellung die Wege zu ebnen.

Mit dem Beschluß der für die Zigarrenherstellung zuständigen Instanzen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes sind, wenn nicht wider Erwarten doch noch auf einer für die

Zigarrenarbeiterschaft annehmbaren Grundlage eine Verständigung mit dem R. d. Z. erfolgt, die zum 31. Juli d. J. ausgesprochenen Kündigungen perfekt geworden. Bis dahin gelten die im Reichstarifvertrag und in den Bezirkstarifverträgen festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen und kein Zigarrenfabrikant und kein Zigarrenarbeiter hat das Recht, in der Zwischenzeit daran irgend etwas zu ändern. Wenn dennoch hier oder da der Versuch unternommen werden sollte, der Zigarrenarbeiterschaft ihren tarifmäßigen Lohn- oder Ferienanspruch streitig zu machen, muß die zuständige Gauleitung sofort unterrichtet werden.

Ueber den Zweck der Tarifkündigungen kann ein Zweifel nicht bestehen: Die Zigarrenfabrikanten wittern Morgenluft und wollen die schon ohnehin unzulänglichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch weiter verschlechtern. Der 15prozentige Lohnabbau und die für sie sowieso außerordentlich günstigen Ferienbestimmungen genügen ihnen noch nicht. Sie glauben die Zeit für gekommen, wo man ganze Arbeit machen, die tarifmäßige Bindung beseitigen und die Lohn- und Arbeitsbedingungen wie in der Vorkriegszeit einseitig diktieren kann.

Unter Berücksichtigung dieser Sachlage richten wir an die gesamte Zigarrenarbeiterschaft Deutschlands die dringende Aufforderung, nichts zu tun und nichts zu unterlassen, was die Position der Zigarrenfabrikanten bei den kommenden Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse irgendwie stärken könnte. Die Entscheidungen der nächsten Wochen und Monate werden auch für spätere Zeiten nicht wirkungslos bleiben. Jetzt muß die Kollegenschaft wie ein Mann zusammenstehen und zeigen, daß die jahrzehntelange gewerkschaftliche Schulung nicht spurlos an ihr vorübergegangen ist.

Lebt Solidarität!

Verteidigt die tarifmäßigen Lohn- und Arbeitsbedingungen!

Schließt euch im Deutschen Tabakarbeiter-Verband zusammen!

**Rüttelt die Gleichgültigen und Wankelmütigen auf!
Agitiert und organisiert!**

**Der Vorstand des Deutschen
Tabakarbeiter-Verbandes.**

Das Krisenprogramm der Gewerkschaften

Aus der Reichstagsrede Peter Graßmanns am 19. Mai 1932

Die Forderungen der letzten Jahre

Im Januar 1930 haben die Spitzengewerkschaften eine planmäßige Arbeitsbeschaffung, im Februar ein Verbot der Ueberstunden und Verfürzung der Arbeitszeit gefordert. Im Mai 1930 wurde auf einer großen Kundgebung eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden gefordert.

Im Februar 1931 sind die Spitzengewerkschaften beim Reichspräsidenten gewesen. Sie haben ihm als dringende Gegenwartsaufgabe vorgestellt die Wiedereinfügung der Millionen Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und haben zusätzliche Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand gefordert. Wir haben dieses Programm im Sommer vor Jahres auf unserem Kongreß in Frankfurt erweitert, wo wir den Gedanken aufgriffen, den der leider allzufrüh dahingegangene Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, mit der ganzen Energie, die ihm innewohnte, und mit dem ganzen Eifer der Begeisterung, über die er verfügte, durchzusetzen versuchte, eine Arbeitsbeschaffung mit internationaler Kreditbeschaffung, eine Aufgabe, die unseren Deutschen Arbeitsmarkt jedenfalls wesentlich zu unseren Gunsten entlastet hätte.

Wir haben es auf unserem Krisenkongreß am 13. April bei der Feststellung des derzeitigen Zustandes als einen Standal bezeichnet, daß angesichts einer Arbeitslosenziffer von mehr denn 6 Millionen in Deutschland in gewissen Erwerbszweigen immer noch über 48 Stunden gearbeitet wird und darüber hinaus vielfach sogar noch Ueberstunden gemacht werden, daß den Arbeitslosen und den zum Teil viele Jahre Arbeitslosen — mir ist bekannt, daß es in der Schuhindustrie Zehntausende gibt, die seit 6 Jahren ununterbrochen arbeitslos sind — von Pensionären und Doppelverdienern das Brot weggenommen wird.

Wir haben als Schlußfolgerung dieser Beurteilung der Lage erklärt, daß zur Arbeitsbeschaffung auch die gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten gehört, und daß all das, was an Einwänden und Bedenken aus Unternehmerkreisen erhoben wird und was bisher auch für das Zögern der Reichsregierung maßgebend gewesen ist, nicht zutreffend ist: alle die Bedenken, die dahin gehen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine Steigerung der Produktionskosten nach sich ziehe, während Kostensenkung die einzige Hilfe sei.

Ach, seit Jahr und Tag hat man aus derselben Ideenwelt heraus die Löhne gesenkt und dabei als einziges Ergebnis erzielt, daß die Arbeitslosenziffern gestiegen sind, und daß es der Wirtschaft immer schlechter gegangen ist. Die so oft auch hier im Hause und von dieser Stelle aus bespöttelte Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften hat sich schließlich doch als richtig erwiesen, die Bedeutung des inneren Marktes für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt hat sich immer wieder auf das deutlichste gezeigt.

Der Krisenkongreß der Gewerkschaften hat sodann eine Reihe von Forderungen aufgestellt, von denen wir uns eine unmittelbare Wirkung versprechen.

Die Not der arbeitslosen Jugendlichen

Es ist notorisch, daß heute das jüngere Element den größeren Anteil der Beschäftigungs-

losen abgibt, nicht nur vielleicht aus philanthropischen Erwägungen der Arbeitgeber heraus, die die älteren Arbeiter länger in den Betrieben lassen, sondern auch infolge von Maßnahmen, zu denen das Betriebsrätegesetz die Handhabe gibt. Der Buchdruckerverband hat vor kurzem eine statistische Erhebung vorgenommen, die fünf Stabenteile der gesamten Mitglieder umfaßte, und er hat festgestellt, daß von den in diesem Spielraum gezählten 16 000 arbeitslosen Mitgliedern 8157, also über 50 v. H. im Alter von 18 bis 25 Jahren stehen. In einigen Bezirken steigt der Anteil der jüngeren Arbeitslosen bis zu 68 v. H.

Worin liegt die Ursache? Ein guter Teil dieser jungen Leute, die heute zu den beweglichsten, aber auch zu den am meisten Gefährdeten gehören, reagieren menschlich auf einen von ihnen im tiefsten als ungerecht empfundenen Zustand so, daß sie sich sagen: Warum soll ich mich an irgendwelche menschlichen Gesetze binden, wenn umgekehrt die anderen mir gegenüber das menschliche Gesetz der Selbsterhaltung nicht achten? Diese jungen Leute, die entweder gar keine oder nur eine ungenügende Lehrzeit hinter sich gebracht haben, die infolge dieser selbst im besten Fall ungenügenden Lehrlingsausbildung natürlich auch die geringste Anwartschaft auf Einstellung in freie Stellen haben, bilden heute nicht nur eine große politische Gefahr — sind das Klientel der beiden extremen Flügelparteien, von denen sie eine baldige Binderung ihres Elends erwarten —, sondern auch eine gesellschaftliche Gefahr, weil sie sich, wie ich schon sagte, an die bestehenden Gesetze der Gesellschaft nicht mehr ethisch gebunden erachten, und eine wirtschaftliche Gefahr im Hinblick auf die künftige industrielle Stellung Deutschlands. Denn wenn einmal der alte Stamm der hochqualifizierten Spezialarbeiter ausstirbt oder arbeitsunfähig wird, und wenn dieser Zustand des Heranwachsenden ungelerner oder notdürftig ausgebildeter Arbeiter andauert, dann sieht es um die Aussichten Deutschlands auf dem Weltmarkt verdammt schlecht aus.

Die Verkürzung der Arbeitszeit

Wenn meine Partei und die Gewerkschaften zu sehr drastischen Vorschlägen gekommen sind, um der Arbeitslosigkeit fühlbar zu Leibe zu gehen, und zwar binnen kürzester Frist, so aus dem Grunde, weil wir der Meinung sind, daß gegenüber der gigantischen, der über alles menschliche Vernunftmaß hinausgehenden Rationalisierung selbst ein Anziehen der Konjunktur angesichts des vorhandenen mechanischen Apparats, angesichts aller der Einrichtungen und Methoden, die man mit dem Sammelnamen „Rationalisierung“ umreißt, ein gut Teil der Arbeitslosen übrig lassen würde. In der Schuhindustrie z. B. ist die Produktion in den Jahren von 1927 bis 1930 — das statistische Ergebnis aus dem letztverflossenen Jahr liegt noch nicht vor — um 10 v. H. zurückgegangen, während die Arbeitslosenzahl in demselben Zeitraum um 60 v. H. gestiegen ist. Das Mehr ist wettgemacht worden durch arbeitssparende Maschinen. Die Folgerung ist sehr einfach. Auch bei günstiger Konjunktur würden ungefähr 30 v. H. der Schuharbeiter in der Schuhindustrie keine Beschäftigung bekommen.

Bei dieser Entwicklung sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften der Meinung, daß die Arbeitszeit angesichts des ganzen technischen Apparates und angesichts der arbeitssparenden Methoden weit unter 40 Stunden kommen könnte.

Der Referentenentwurf, den das Arbeitsministerium jetzt zur Begutachtung durch die Gewerkschaften und Unternehmer vorgelegt hat und der nur acht Erwerbsgruppen umfaßt, kann uns durchaus nicht befriedigen. Wir verlangen die Ausdehnung der Arbeitszeitverkürzung auf alle Erwerbsgruppen. Wir vermissen vor allen Dingen, daß eine ausschlaggebende Erwerbsgruppe, die Metallindustrie, in diesen acht Gruppen genannt wird. Wir können uns nicht mit dem Einwand abfinden, daß beispielsweise die Eisenerzeugung eine Betriebsform habe, die eine derartig radikale Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Einstellung neuer Schichten nicht verträglich ist. Wirtschaft und Industrie haben ganz andere künstlichen fertiger gebracht, als daß sie nicht in bezug auf ihre Betriebsnorm sich einer Notwendigkeit beugen müßten, die nach meinem Dafürhalten unbedingt erfüllt werden muß.

Selbst dann — ich habe vorhin schon an dem Beispiel der Schuhindustrie darauf hingewiesen —, wenn es uns gelänge, im Zeitraum von vielleicht zwei, drei Monaten durch irgendein unvorhergesehenes Wunder in der Welt — sagen wir ausdrücklich Wunder — eine Konjunktur in Deutschland hervorzurufen, die ungefähr der von 1929 gleiche, selbst dann würden wir die vorhandene maschinelle industrielle Apparatur, die sogenannte Wirtschaftskapazität, nur bis zu einem Maße von 75 v. H. ausnützen können. Was soll denn aber mit den anderen geschehen, die auch bei der günstigsten Konjunktur nicht in Arbeit kommen? Wer nimmt sich dieser, ich möchte sagen, beruflich Arbeitslosen an, der Schichten, die auch beim besten Willen nicht in Arbeit kommen können, wenn nicht radikale Maßnahmen getroffen werden, und denen nur geholfen werden kann, wenn alle Schichten in Deutschland unerhörte Opfer auf sich nehmen.

Unter dem Gesichtswinkel dieser unerhörten Opfer haben wir den Mut gefunden, unseren Mitgliedern nach all dem Voraufgegangenen eine Arbeitszeitverkürzung bis auf höchstens 40 Stunden zuzumuten. Wir müssen aus dem Grunde auch verlangen, daß diesem unseren Vorgehen von den übrigen Erwerbschichten in Deutschland nicht nur kein Widerstand entgegengelegt wird, sondern daß man sich zu einem derartigen Opfer aus dem Grunde bekennt, weil — wir wollen es einmal ganz dürr und offen sagen — es um Kopf und Kragen auch der anderen geht.

Diese kürzere Arbeitszeit in Verbindung mit einer anderen Maßnahme, die wir gleichfalls am 13. April vorgeschlagen haben, mit der Arbeitsbeschaffung, ist zwar zurzeit eine Notstandsmaßnahme; aber sie wird eine Dauererscheinung werden. Die Arbeitszeitverkürzung wird um so dringlicher und um so durchgreifender sein müssen, je mehr der menschliche Erfindungsgeist und je mehr das für solche Zwecke immer noch disponible Kapital arbeitssparende Maschinen baut und ein-

richtet und arbeitsparende Methoden einflüßrt.

Wir müssen allerdings verlangen, daß diese Verkürzung der Arbeitszeit mit einem Einstellungszwang verbunden ist. Denn daß dieses ungeheure Opfer, das die Arbeiterschaft auf sich nehmen soll, womöglich noch mit einem Gewinn auf der anderen Seite verbunden werden soll, daß man sich in den Glauben wiegt, man könnte mit einer verkürzten Arbeitszeit dasselbe Arbeitsquantum erreichen, diesen Glauben müssen wir energig zertören. Aus diesem Grunde müssen wir den Einstellungszwang fordern.

Die öffentlichen Gewalten können an solchen Dingen unmöglich vorbeigehen. Es ist beispielsweise unmöglich, daß bei der Reichsbahn die Arbeitszeit einer ganzen Reihe von Arbeitergruppen der Arbeitszeit oder, wenn Sie wollen, der Arbeitsbereitschaft der Beamten angegliedert ist. Das hat nämlich zur Folge, daß in einer ganzen Reihe von Einrichtungen die Arbeitsbereitschaft bis zu 92 Stunden die Woche beträgt, daß bis zu 55 und 56 bezahlte Arbeitsstunden in diesem Spielraum liegen.

Die Arbeitsbeschaffung

Wir haben auf dem Krisenkongreß gleichzeitig mit der Forderung auf eine Verkürzung der Arbeitszeit für alle Erwerbsschichten ohne Ausnahme auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt.

Wir wollen eine möglichst zweckmäßige und billige Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes. Die Kosten der Straßendeckungsinstandhaltung in Deutschland betragen jährlich zwischen 30 und 60 Pfennig je Quadratmeter. Unterbleibt diese Instandhaltung zwei oder drei Jahre, so entsteht infolge der steigenden Beschädigung der Straßendecken ein unvermeidlicher Kostenaufwand von 2,50 M je Quadratmeter. Je länger man also wartet, desto dringender wird die Notwendigkeit, größere Summen aufzuwenden. Wir wollen Arbeiten zum Schutz bei Hochwassergefahr. Wir wollen, daß dem Kleinwohnungsbau namentlich im Hinblick auf die verzweifeltsten Verhältnisse in den Baugewerben, in denen bis über 90 und 92 v. H. Arbeitslose vorhanden sind, und in denen auch der Anbruch der mildereren Witterung infolge der ungenügenden Mittel, die für den privaten Wohnungsbau zurzeit vorhanden sind, keine fühlbare Verbesserung gebracht hat, stärker geholfen wird, obgleich größere Wohnungen zur Vermietung freistehen. Wir wollen ferner die Aufwendung größerer Mittel für Hausreparaturen. Wir wollen trotz der Einwände der Leitungen stärkere Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost. Wir wollen zweckmäßige Siedlungsbauten, wobei wir allerdings insofern nicht mit der Regierung einig gehen können, als diese das Hauptgewicht auf die ländliche Siedlung legt. Mit der Hergabe von Land und mit dem Erstellen eines Hauses ist dem Siedler noch lange nicht geholfen, wenn ihm, namentlich wenn er vom Markt weit entfernt ist, nicht die Möglichkeit gegeben wird, seine Produkte bald, und zwar gewinnbringend, abzusetzen. Er wird dann nach ganz kurzer Zeit dieser ihm zugewiesenen Scholle Baset sagen und die Arbeit, die er auf dieser Scholle geleistet hat, verfluchen, ganz abgesehen davon, daß man dem Siedler mit der Hergabe der Scholle und mit der Erstellung des Hauses und der Baulichkeiten noch lange nicht über den Zeitraum hinweggeholfen hat, bis er seine erste Ernte hereinbekommen hat.

Wir sind ebenfalls der Meinung und haben vor Jahren schon gewünscht, daß landwirtschaftliche Meliorationen größeren Ausmaßes erfolgen sollen.

Wir haben die Zuversicht, daß dieser Plan die Beschäftigung von 900 000 bis 1 Million Arbeitslosen mit zusätzlicher Arbeit auf die Dauer eines Jahres ermöglicht. Wir sind der Meinung, daß die Kostenrechnung, die dafür in Frage kommt — ein Betrag von 2 Milliarden Mark —, besser angewendet wird, als wenn man diesen Betrag vielleicht für Tummelschäden ausgeben müßte.

Daß es sich hier nicht um ein Projektieren ins Blaue hinein handelt, sondern um einen wohlüberlegten Plan, möchte ich damit bekräftigen, daß schon im Anschluß an die Notverordnung vom 8. Dezember vorigen Jahres die hierfür zuständige Behörde, der Reichswirtschaftsrat, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beraten hat. Im Reichswirtschaftsrat sind Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Erzeugern und Verbrauchern ver-

einigt, unter Zuziehung der Reichsstellen. Der Bericht des Ausschusses des Reichswirtschaftsrats umfaßt fast dieselben Arbeitsgebiete, wenn er auch in bezug auf die Neueinstellung von Arbeitskräften zu etwas geringeren Ziffern kommt.

Arbeitsdienst

In diesem Zusammenhang noch ein Wort über den Arbeitsdienst. Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind Gegner der Arbeitsdienstpflicht. Sie sehen auch im freiwilligen Arbeitsdienst nur die Möglichkeit der vorübergehenden Beschäftigung und Fortbildung jugendlicher Erwerbsloser. Dabei machen sie die Einschränkung, daß der freiwillige Arbeitsdienst auch nur insoweit durchgeführt werden kann, als er die allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht gefährdet. Sie sind ferner der Meinung, daß der freiwillige Arbeitsdienst nur in Frage kommt in Form der zusätzlichen Arbeit für Jugendliche als ungelernete Arbeiter, nie für verheiratete, nie für ältere Arbeiter.

Sie kämpfen um den Bodenpreis

Die Regierungskrise in Deutschland hat verschiedene Ursachen. Neben dem reaktionären Zug, der durch das deutsche Volk geht, und der alle dunklen Kräfte zum entscheidenden Schlage mobilisiert, spielen eine Reihe Spezialfragen und Forderungen eine Rolle. Der energische Vorstoß der ostelbischen Großgrundbesitzer gegen die Regierung Brüning ging um das Siedlungsprogramm. Selten war eine so landwirtschaftsfreundliche Regierung am Ruder wie die verfloßene. Mittels der Zollpolitik hat sie die Preise für landwirtschaftliche Produkte weit über den Stand des Weltmarktes getrieben. Daneben hat sie eine Subventionspolitik eingeleitet, die Milliarden gekostet hat.

Wie ist nun der neueste Vorstoß der Großagrarien zu erklären? Wie überall hat die Krise auch in Deutschland eine Entwertung des Bodens mit sich gebracht. Für landwirtschaftliche Grundstücke im Osten werden geringe Preise geboten. Die Stützung der landwirtschaftlichen Großbetriebe mit öffentlichen Mitteln war auf die Dauer nicht zu verantworten. Trotz aller Stützungsmaßnahmen wurden andauernd bankrotte Güter feilgeboten. Die Regierung Brüning hatte nun vor, die Siedlungspolitik etwas großzügiger zu betreiben und die zusammengekrachten Großbetriebe des Ostens mit Bauernlöhnen und Landarbeitern zu besiedeln. Der Preis, der den Besitzern für Grund und Boden bezahlt werden sollte, sollte sich dem Marktpreis anpassen. Dagegen richtete sich der Sturm der Großgrundbesitzer. Es sollte nicht der auf dem Markt erzielbare Preis, sondern der sogenannte Einheitswert zur Grundlage der Entschädigung gemacht werden. Die Junker wollten also aus der Siedlung ein Geschäft machen. Sie wollten aus den Mitteln der Allgemeinheit für ihre zusammengesetzten Klitschen soviel herausziehen, daß sie davon gut leben könnten. Und weil die Regierung Brüning diesen Wünschen sich nicht so ohne weiteres geneigt zeigte, schlängelte man sich an den Reichspräsidenten heran.

Die Regierungskrise ist also zu einem Teil ein Kampf um die Bodenpreise des

agrarischen Ostens. Das Siedlungswerk soll aufgegeben werden oder wenn es fortgeführt wird, dann soll es nur so geschehen, daß die Großgrundbesitzer einen tüchtigen Baken als Entschädigung erhalten. Daß dadurch eine Siedlungspolitik auf billiger Basis unmöglich gemacht wird, versteht sich am Rande. Den Kreisen, die die Regierung stürzten, geht es ja auch nicht um die Siedlung, sondern um die Besitzerhaltung, oder, wenn eine Verzögerung dennoch eingeleitet werden soll, um eine anständige Entschädigung. So löst sich letzten Endes alles, was in den hohen Regionen der Politik geschieht, in ein nüchternes Rechenexempel auf. Es ist der Kampf um den Staat, um mit Hilfe der Staatsgewalt die Mittel der Allgemeinheit in die Taschen bestimmter Schichten lenken zu können. Alles andere ist Phrasen und Benebelung der Gehirne.

Der verschlechterte Lebensstandard

Die diesjährige Frühjahrslaison der Waren- und Kaufhäuser ist zu Ende. Entsprechend der Wirtschaftslage war die Kauflust gering. Der Kunde bevorzugt immer mehr Produkte billigster Preisgestaltung und deckt seinen Bedarf in immer kleineren Einzelportionen. Nach den Beobachtungen eines großen Warenhauses in Berlin liegt der Durchschnittsbetrag des einzelnen Kassenzettels für Lebensmittel um 40 v. H., für Textilwaren um 16 v. H. und für die übrigen Gruppen um rund 35 v. H. unter der Vorjahrziffer. Darin spiegelt sich die Schwächung der Massenkauflust wider. Es kommt nur ein Kauf von der Hand in den Mund zustande, weil die vorhandenen Mittel zu größeren Anschaffungen nicht ausreichen. In der deutschen Verbraucherschicht vollzieht sich ein Umschichtungsprozeß, der sich der Verarmung der Bevölkerung anpaßt. Absatz finden nur noch die billigsten Produkte und diese auch nur in geringeren Mengen.

Christliche Tabakarbeiter im Jahre 1931

In Nr. 11 des „Zentralblattes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ finden wir eine Darstellung über die Entwicklung des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter im Jahre 1931. Danach ist bei 4235 Neuaufnahmen (4064 Eintritte und 171 Uebertritte) die Mitgliederzahl von 21 702 am Ende des Jahres 1930 auf 15 611 am Ende des Jahres 1931, also um 6091 oder 28,07 v. H. zurückgegangen.

Einer Gesamteinnahme von 348 515 M stehen Gesamtausgaben in Höhe von 346 406 M gegenüber, so daß ein Ueber-schuß von 2109 M dem Verbandsvermögen zugeführt werden konnte. Aus Sparmaßregeln können die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“, die bisher noch nicht über die Entwicklung ihrer Organisation im Jahre 1931 berichtet hat, seit Oktober vorigen Jahres nur noch 14tägig erscheinen. Sowohl in der Gesamteinnahme wie auch in der Gesamtausgabe, die sonst nicht weiter spezialisiert sind, ist ein Betrag von je 36 672 Mark für die Alters- und Invalidenunterstützungskasse enthalten, die bei 58 Unterstützungsempfängern am Jahres-schluß eine Ausgabe von 2966 M zu verzeichnen hatte.

Ueber die Mitgliederbewegung und die Finanzgebarung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes im Jahre 1931 haben wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 12 und 13, also vor bald einem Vierteljahr, ausführlich berichtet.

Humoristika

Das muß der Neid der Bezirksgruppe Schlesiens des R. d. Z. bzw. ihrem Syndikus Herrn Dr. Roediger lassen: sie sorgen auch in dieser bitterernsten Zeit für den nötigen Humor. Oder muß es nicht die Lachmuskeln reizen, wenn man erfährt, daß der für Schlesiens geltende Bezirkstarifvertrag bzw. die für die schlesische Zigarrenherstellung geltenden Tarif-löhne nunmehr zum drittenmal in diesem Jahr aufgekündigt worden sind.

Die erste Kündigung, die auf den 30. April ausgesprochen wurde, hatte keine Gültigkeit, weil sie nicht auch dem Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands zugestellt worden war. Um diesen Schaden zu reparieren, wurden die vereinbarten Löhne zum zweitenmal und zwar zum 30. Juni gekündigt. Inzwischen erfolgte die Kündigung des Reichstarifvertrages und der Bezirks-tarifverträge für die Zigarrenherstellung zum 31. Juli. Daß dabei Schlesiens nicht zurückstehen konnte, versteht sich von selbst. So kam es zum drittenmal zur Kündigung.

Es geht doch nichts über einen juristisch gebildeten Syndikus und ein bißchen un-freiwilligen Humor.

Berichte aus Gauen und Zahlstellen

Heidenheim. Am 24. und 31. Mai fanden in Schnaitheim und Heidenheim Versamm-lungen statt, wo Kollege G r o ß über die Lage in der Zigarrenindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Heidenheimer Verhält-nisse referierte. Zuerst behandelte der Redner die Weltkrise, deren Ursache einzig und allein in dem vollständigen Versagen des kapitalisti-schen Systems liege. Getrieben durch die Pro-fitwut der Privatindustrie und die ins Ufer-lose gesteigerte Technisierung und Rationali-sierung sind Millionen von Arbeitern aus den Betrieben verdrängt worden. Den noch in Ar-beit Stehenden sind die Löhne so reduziert worden, daß ihre Kaufkraft auf ein Mini-mum gesunken ist und kaum noch zur Befriedi-gung der allernotwendigsten Bedürfnisse aus-reicht. Tausende von Maschinen und Betriebs-stellen stehen still und das Ruhen der 7 Mil-lionen Arbeiterhände bringt uns nach sach-männischer Berechnung am Volkseinkommen einen jährlichen Verlust von 25–30 Milliar-den Mark. Unter diesen Umständen ist auch der Tiefstand des Beschäftigungsgrades in der Zigarrenherstellung verständlich. Redner gab dann einen Ueberblick aus der Betriebs-, Ar-beitslosen-, Lohn- und Organisationsstatistik, was bei den anwesenden Mitgliedern sicht-baren Eindruck machte. Besonders die Lohn-statistik, an der auch eine hiesige Firma betei-ligt ist, zeigt die miserablen Verdienste un-serer Zigarrenarbeiter auf. Angefichts der Be-strebungen nach weiteren Verschlechterungen des Arbeitslohnes in der Zigarrenindustrie müsse unser ganzes Augenmerk auf die wei-tere Stärkung unseres Verbandes gerichtet werden. Er biete die einzige Gewähr, dem un-sinnigen Abbaumahn zu begegnen. Zum Schluß besprach Redner noch einige örtliche Vorfallnisse aus letzter Zeit, die ebenfalls bewiesen, wie notwendig und unentbehrlich der Deutsche Tabakarbeiter-Verband für die Kollegen-schaft ist.

Neudorf. Am 2. Juni fand im „Gasthaus zur Krone“ eine Mitgliederversammlung statt. Kollege G ä r t h ö f f n e r behandelte die Tariffrage und kritisierte das Verhalten der Firma Gögel & Herz, die von ihren Arbeitern verlangt, sie sollten von Ortsklasse 3 in Orts-klasse 2 gehen, da nur so die Möglichkeit beste-he, den Betrieb weiterzuführen. Und das nach dem Lohnabbau von 15 v. H. Es wäre deshalb endlich an der Zeit, so erklärte der Referent, sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anzuschließen, um den Herren ein-mal zu zeigen, daß wir auch noch das Recht zum Leben haben und einer anderen Behand-lung würdig sind. Weiter gab der Referent Aufschluß über Betriebsratsfragen. Durch drastische Beispiele legte er den Kolleginnen klar, wie das Unternehmertum es versucht, die Rechte der Arbeiterschaft auf jegliche Art und Weise zu beschneiden. Zum Schluß ermahnte Kollege G ä r t h ö f f n e r die Mitglieder, treu zur Organisation zu stehen. Es werde auch für unsere Tabakarbeiter einst der Tag kommen, wo man ihre Rechte anerkennen müsse. Nach-dem die Kollegen S c h o l l und G ä r t h ö f f n e r im Namen der Anwesenden der Kollegin Regina Vollheimer zu ihrer Vermählung die besten Segenswünsche mitgegeben hatten, wurde die Versammlung vom Kollegen S c h o l l geschlossen.

Schöned. Am 28. Mai fand im Ratskeller unsere Quartalsversammlung statt. Der Vor-sitzende berichtete u. a. über die mit dem Ar-beitsamt Delsnik geführte Verhandlung we-gen der Tabakfeuerunterstützung. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, soll beim Landesarbeitsamt die Sache zum Austrag ge-bracht werden. Sodann trug Kollege F i c k e r die Abrechnung vom 1. Quartal vor, aus wel-cher zu entnehmen war, daß die Beitrags-leistung infolge der Kurzarbeit und der allge-meinen schlechten Wirtschaftslage zurückge-gangen ist. Anschließend gab der Vorsitzende

einen Ueberblick über die Lage in der Zigar-renindustrie. Besonders hervorgehoben wurde, daß sich im vergangenen Monat eine kleine Verbesserung in der Arbeitszeit ergeben hat. Kollege F i c k e r gab bekannt, daß er auf Grund der Reduzierung der Verwaltungs-ausschussmitglieder beim Arbeitsamt Delsnik als dessen Mitglied ausscheidet, er aber weiterhin bemüht sein werde, die Interessen der Tabakarbeiter wie bisher zu vertreten. Zum Schluß ermahnt er noch, alle Kräfte zu-sammenzufassen, um bei kommenden Kämp-fen mit den Arbeitgeber gerüstet zu sein. Denn auch die Zigarrenfabrikanten werden, genau wie ihre Kollegen vom Rauch- und Schnupftabak-Verband, wieder einmal den Reichstarifvertrag kündigen und vielleicht einen nochmaligen Lohnabbau haben wollen. Deshalb ist es jetzt doppelt notwendig, fest und geschlossen zur Organisation, zum Deut-schen Tabakarbeiter-Verband, zu stehen. Nach Erledigung noch einiger örtlicher Angelegen-heiten fand die Versammlung ihr Ende.

Bekanntmachungen

Am 11. Juni ist der 24. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 28. Mai. Danzig 200.—, Döhringen 100.—, Frankfurt a. M. 210.—.
 - 30. Mitteleld 34.95, Kaiserslautern 100.—, Sommerfeld 20.—, Hohenheim 400.—, Re-gensburg 129.20, Heidelberg 300.—.
 - 31. München 1000.—, Berlin 400.—, Hanau 57.35, Gießen 26.50, Baden-Baden 400.—.
 - 1. Juni. Breslau 600.—, Mainz 50.—, Ber-lin 1500.—.
 - 2. Offenbach 100.—, Schöned 500.—.
 - 3. Hamburg 200.—, Trefurt 100.—, Brotte-robe 100.—, Dühren 20.—, Stargard 200.—, Hannover 700.—.
 - 4. Hohenheim 100.—, Heilbronn 120.—.
- Bremen, 7. Juni 1932. J. K r o h n.

Gestorben sind:

- Am 6. Mai der Zigarrenarbeiter W i l h e l m T a a k e, 30 Jahre alt (Zahlstelle Minden).
- Am 17. Mai die Bekleberin M i n n a S c h ä f e r (Heuchelheim), 20 Jahre alt (Zahlstelle Gießen).
- Am 22. Mai der Zigarrenarbeiter J ü r g e n B a t t a u (Altona), 69 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 25. Mai die Zigarrenarbeiterin L i n a K r u g, 21 Jahre alt (Zahlstelle Brake).
- Am 29. Mai der Zigarrenarbeiter P e t e r E n g e l h a r d t, 74 Jahre alt (Zahlstelle Pfungstadt).
- Am 3. Juni der Kollege P a u l M ö n n i c h, 57 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).

Chre ihrem Andenken!

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

B r e m e n, A n d e r W e i d e 20.

Fernruf: Amt Domsheide 20 780.

Verbandsvorsitzender: Ferdinand H u j u n g. Geld- und Einschreibsendungen nur an Jo-hannes K r o h n, Postcheckkonto: 5349, Post-scheckamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der GEG, Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Filiale Bremen. Ausschuhvorsitzender: Louis S c h o e n e, Ham-burg, Wesenbinderhof 57, Zimmer 70.

Gummiwaren

Hygien. Artikel. Preisl. T 2 gratis.

„Medicus“ Berlin SW 68, Alie Jacobstraße 8

Das deutsche Volk am Scheidewege

Der 30. Mai 1932 wird ein denkwürdiger Tag in der deutschen Geschichte sein. An diesem Tage wurde der Kurs der deutschen Politik offensichtlich und mit aller Ueberlegung nach rechts gedreht. Alle Halbheiten haben nunmehr ihr Ende erreicht. Jetzt wird es für jeden darauf ankommen, sich endgültig für rechts oder links, für Diktatur oder Demokratie, für Kapitalismus oder Sozialismus zu entscheiden.

Der reaktionäre Zug in großen Teilen des deutschen Volkes bekommt nunmehr seinen prägnanten Ausdruck in dem Wechsel der Reichsregierung. Reichskanzler Dr. Brüning wurde durch seinen bisherigen Parteifreund v. Papen abgelöst, der ein Kabinett zusammengestellt hat, in dem die Arbeiterchaft — auch die christliche — nicht vertreten ist. Um für die Politik dieses Kabinetts eine Mehrheit zu schaffen, ist der Reichstag aufgelöst worden. Nunmehr geht der Kampf von neuem los mit all seinen Anstrengungen, Strapazen, Lügen, Verleumdungen und Opfern, bei denen auch das Leben nicht sicher ist. Bei diesem Kurswechsel heißt es sich klarzumachen, wohin die Fahrt gehen soll.

Zwei Tage vor seinem Abschied sprach der verfloffene Reichskanzler Dr. Brüning vor der ausländischen Presse. Er erklärte dort, daß die deutsche Regierung sich mit allem anderen als mit Regierungskrisen beschäftige. Die deutsche Reichsregierung wäre glücklich, wenn sie keine anderen Sorgen hätte. Der Vorsitzende des Verbandes ausländischer Presse, der holländische Journalist Max Blockzyl veränderte in seiner Erwiderung an den Kanzler das bekannte Wort von Wilhelm Busch: Kanzler stürzen ist

nicht schwer, Kanzler sein dagegen sehr. Obwohl eine Regierungskrise schon länger in der Luft lag, hat vielleicht Dr. Brüning am 28. Mai selbst nicht geahnt, daß er 36 Stunden später entschlossen wäre, das Reichskanzlerpalais zu verlassen. Dr. Brüning, der auch jetzt noch glaubte, auf Grund seiner Fähigkeiten und seines Einflusses die Dinge meistern zu können, mußte einsehen, daß er ungeheuren Schwierigkeiten gegenüberstand.

Was war der Grund dieses Regierungswechsels in einer Zeit, wo Deutschland vor den schwerwiegendsten Entscheidungen steht? Kein Volk mit politischem Sinn wird ohne Grund einen Regierungswechsel vornehmen, drei Wochen vor einer Konferenz (Lausanne), die das Schicksal der Völker für die nächsten Jahre zu bestimmen haben wird. Daß diese schwerwiegenden Bedenken glatt über den Haufen gerannt wurden, liegt an den reaktionären Strömungen, die in Deutschland seit Ausbruch der Krise immer mehr an Boden gewonnen haben. Ihnen glaubte der Reichspräsident Rechnung tragen zu müssen. Vorgegangen ist dem eine wochenlang anhaltende offene und geheime Beeinflussung des Reichspräsidenten aus unkontrollierbaren Kreisen. Man weiß aus der Regierungszeit Wilhelms II., daß einer der mächtigsten Faktoren der deutschen Politik die sogenannte Hofkamarilla war. Hinter den Kulissen zogen Ohrenbläser die Drähte. Ursprung und Verlauf dieser Regierungskrise lassen erkennen, daß wir dem persönlichen Regiment von dazumal wieder bedenklich nahegekommen sind.

Wie so oft, steht das deutsche Volk wiederum vor einer heillosen Situation. Durchschüttelt von einer schweren Wirt-

schaftskrise muß die deutsche Arbeiterchaft zusehen, wie unkontrollierbare Kräfte politische Krisen einrühren, die ihre Lage keineswegs erleichtern. Doch blicken wir der Gefahr nüchtern und klar ins Auge: Der Kurswechsel in der deutschen Reichspolitik soll den Schlüsselstein bedeuten in der Entwicklung, die die politische Macht vollständig den rechts gerichteten Kreisen überantwortet. Auch der letzte Rest von Einfluß der arbeitenden Klasse soll ausgeschaltet werden. Man stellt das „System“ in den Vordergrund und meint den Einfluß der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Daß die SA-Horden aufgelöst wurden, aber das Reichsbanner und die Eiserner Front bestehen blieben, das haben die Kreise, die jetzt den Sturz Brünnings vollführten, nicht verhindern können.

Die Reaktion wird jetzt in aller Offenheit handeln. Es ist nur bedauerlich, daß diesem furchtbaren Ansturm der Reaktion eine gespaltene sozialistische Bewegung gegenübersteht. Die Kommunisten werden ihre politische Reise in den nächsten Wochen zu beweisen haben. Von ihnen hängt es zum Teil mit ab, ob die vereinte Reaktion ihr Ziel zu erreichen vermag. Schließlich werden die Gewerkschaften wiederum den Kern einer entschlossenen Abwehr zu bilden haben. Wir rufen deshalb allen Kolleginnen und Kollegen in Stadt und Land zu: Seid auf dem Posten, laßt die Dinge kaltblütig an euch herankommen und setzt eure Kräfte, auch bei den kommenden Reichstagswahlen, restlos gegen die politische, wirtschaftliche und soziale Reaktion ein. Die Arbeiterbewegung wird und darf nicht untergehen.

In Rußland -

gearbeitet - nicht geschaut!

Von einem deutschen Facharbeiter

Ueber kein Land ist in der letzten Zeit mehr geschrieben und gesprochen worden, wie über die Sowjetunion.

Wie ein dunkles, unerforschtes Geheimnis lastet es über diesem Staat mit seinen ungeheuren Flächen und seinen einhalb hundert Millionen Menschen, der sich absondert, dadurch eine besondere Stellung innerhalb Europas und der ganzen Welt einnimmt und im Zeichen des Aufbaues steht.

Namhafte Gelehrte, Journalisten, Reisende aller Länder haben sich bemüht, ihre Eindrücke in Schilderungen über Rußland niederzulegen. Russische Propaganda trägt mehr als je zuvor ihren Einfluß in andere Länder. So kommt es, daß die Ansichten und Meinungen über Rußland heute geteilt sind, gespalten.

Die bisher erschienenen Schilderungen sind aber nicht vollständig. Sie umfassen

einen und zwar den wichtigsten Teil nicht. Es sind Eindrücke von Menschen, die selbst in Rußland nur schauten, die nicht mitarbeiteten, die sich nicht in den Arbeitsprozeß des Planes einstellten und nicht in den Massen der russischen Arbeiterchaft miterlebten, mitfühlten.

In der Abhandlung, mit deren Abdruck wir heute beginnen, sind die Eindrücke und Erlebnisse eines deutschen Facharbeiters in knappen Zügen wiedergegeben. Er steht in höherem Lebensalter und hatte den Vorzug, durch seine Spezialtätigkeit in einem Zeitraum von rund 40 Jahren die Welt kennenzulernen. Unter der glühenden Sonne des Fernen Ostens, in mehr als 3000 Meter Höhe im mexikanischen Hochgebirge, auf dem Balkan, in England, Spanien, überall hat er gearbeitet und reiche Erfahrungen gesammelt.

Facharbeiter gesucht, eine chiffrierte Anzeige im Fachblatt. Ich melde mich, Rußland ruft.

Die Handelsgesellschaft der Sowjetunion in Berlin, die Eingangspforte nach Rußland, vermittelt den Verkehr mit

Moskau. Durch sie gehen Warenlieferungen aller Art, durch sie erfolgt auch die Anwerbung von Facharbeitern. Dort wird man ausgemustert, erhält seinen Vertrag und einen Reisegeldvorschuß zu dem vereinbarten Arbeitsplatz. Die genaue Route der Einreise ist bestimmt, die zu benutzenden Züge sind vorgeschrieben.

Die Reise geht über Berlin-Warschau-Moskau. Man räumt mir Benutzung der zweiten Wagenklasse ein. An der russischen Grenze muß ich angeben, wieviel Geld ich bei mir trage und in welcher Valuta, und man ründigt mir einen roten Zettel aus, der in russischer Schrift meine Angaben enthält. Mit diesem Zettel hat es seine Bewandnis. Er ist nur einen Monat gültig. Wer glaubt, er brauche ihn nur bei seiner Rückreise vorzeigen, irrt sich. Man nimmt ihm ohne weiteres sein Geld ab, wenn er nicht in der Lage ist, eine Arbeitsbescheinigung aus Rußland vorzuzeigen, aus welcher hervorgeht, daß der Reisende eine bestimmte Summe mit sich führt.

Die Reise durch Polen ist ganz angenehm und abwechslungsreich; die Beam-

Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit

In Deutschland ist für die mechanische Tafelglasindustrie bei den Tarifverhandlungen die Einführung des Vierstichtensystems beschlossen worden. Durch diese Maßnahme wird die Arbeitszeit der Tafelglasmacher von 56 auf 42 Stunden herabgesetzt. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter wird sich um 25 Prozent erhöhen. Angesichts dieses Tatbestandes — der in Deutschland und anderen Ländern bei ähnlichen bereits durchgeführten Maßnahmen gleichermaßen zu vermehren war — werden alle Argumente gegenstandslos, die bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegen die Anerkennung und weitestgehende Durchführung des Prinzips der Arbeitszeitverkürzung vorgebracht werden. Die Schlussfolgerung liegt klar zutage: alle jene müssen für das Elend vieler Millionen von Erwerbslosen verantwortlich gemacht werden, die sich dem Gedanken der Arbeitszeitverkürzung ohne die Durchführung praktischer Versuche prinzipiell widersetzen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in seiner im März dieses Jahres in Bern abgehaltenen Ausschußsitzung beschlossen, auf der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz die Gelegenheit zu ergreifen, um die verantwortungen auf diesem Gebiete ein für allemal festzulegen. Die Vorgeschichte dieses Beschlusses zeigt, daß es sich dabei nicht um eine improvisierte Manifestation handelt, sondern um das letzte Glied einer Kette von ersten Versuchen zur Herbeiführung einer internationalen Aktion zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit. Schon im Herbst des vergangenen Jahres versuchte die Arbeitergruppe eine Entscheidung herbeizuführen, indem sie den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes (I.A.) aufforderte, er soll dem Direktor des I.A. die Ermächtigung geben zur Einberufung einer offiziellen Konferenz der drei Parteien (Unternehmer, Arbeiter und Regie-

rungen) der interessierten Staaten zwecks Erzielung eines Uebereinkommens über die Verkürzung der Arbeitszeit auf Grundlage der 40-Stunden-Woche. Dieser Vorschlag wurde mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Im Zusammenhang mit den Arbeiten einer vom Verwaltungsrat eingesetzten speziellen Kommission befaßte sich dann der Verwaltungsrat in der ersten Sitzung dieses Jahres erneut mit der Frage, wobei bei der Beschlußfassung eine so vorzichtige Formulierung gewählt wurde, daß die Entschließung zur Annahme gelangte. Der Verwaltungsrat „stellte fest, daß einige Staaten, ohne den ersten Schritt zur Einleitung internationaler Besprechungen tun zu wollen, den Wunsch ausgesprochen haben, es möchten vorläufige Vereinbarungen über die Arbeitszeit in gewissen Industriezweigen getroffen werden. Er bittet den Direktor des I.A., diese Anregungen und Wünsche zu prüfen und zu untersuchen, ob die gegenwärtige Lage internationale Vereinbarungen für einzelne Industrien erlaubt und gegebenenfalls den in Frage kommenden Regierungen seine Dienste anzubieten.“

Man hatte damit die Behandlung der Frage wieder einmal in das Leerlaufstadium der „Untersuchungen“ zurückschraubt. Die Arbeitergruppe ließ jedoch angesichts der weiter zunehmenden Arbeitslosigkeit und der Tatsache, daß alle anderen Mittel im Kampf gegen die Krise nicht sofort und wirkungsvoll angewandt werden können, nicht locker und brachte das Problem auf der Internationalen Arbeitskonferenz wieder auf die breitere und allein praktische Grundlage der allgemeinen Durchführung der Arbeitszeitverkürzung in allen Ländern.

Die Haltung, die die Unternehmer bei der Abstimmung über den diesbezüglichen Beschluß vorausgegangenen Debatte einnahmen, verdient festgehalten

zu werden. Sie zeigt, daß die Unternehmer — und gewisse Regierungsvertreter — in einem Augenblick, wo das Schicksal von Millionen von bereits Arbeitslosen und zukünftigen Arbeitslosen auf dem Spiele steht, mit den gleichen Kleinlichkeiten und zynischen Ausreden argumentieren, wie sie dies bei irgendeiner untergeordneten Frage tun. Der britische Regierungsvertreter wagte es sogar, gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden aufzutreten, weil ja in vielen Industrien die Arbeitslosigkeit 40 bis 60 Prozent betrage und deshalb die Arbeitszeit eigentlich auf 24 Stunden herabgesetzt werden müßte, so daß es bei einer Herabsetzung von 48 auf 40 Stunden ganz bestimmt nicht möglich sein werde, die Arbeitslosigkeit zum Verschwinden zu bringen. Ein wunderbarer Trost für 25 Millionen Arbeitslose! Der nächste Redner, der französische Unternehmervertreter Lambert-Ribot, gab wohl zu, daß heute schon in vielen Betrieben nicht mehr als 40 Stunden gearbeitet wird. Wollte man aber glauben, daß es bei dieser notgedrungen verkürzten Arbeitszeit auch in Zukunft bleiben werde, so hieße dies doch die Wirtschaftslage sehr pessimistisch beurteilen!

Nachdem von unzähligen sachwissenschaftlichen Stellen und Praktikern einwandfrei bewiesen worden ist, daß auch die weitestgehende Arbeitszeitverkürzung in den meisten Fällen durch eine kaum zu ermessende Steigerung der Produktivität bereits wettgemacht ist oder bei dem heutigen Tempo der Technisierung bald wettgemacht würde, wagt es ein Unternehmervertreter, die Dinge so darzustellen, als ob durch Rationalisierung und Technisierung überhaupt keine Arbeitszeitverkürzung bedingt werde und eine Konjunktur zu erwarten sei, bei der nicht nur die oft um ein Vielfaches erhöhte Produktionsfähigkeit der jetzt lange nicht voll beschäftigten Be-

ten sind freundlich und sprechen fast durchweg deutsch. Durch einen über die Bahnstrecke gespannten Bogen, der die Grenze anzeigt und die Aufschrift „Sowjetunion“ trägt, geht es hinein in das geheimnisvolle Land der Russen. Ein bemerkwürdiges ahnungsvolles Gefühl befällt mich.

Die Fahrt bis Moskau ist eintönig. Keine Abwechslung in der Landschaft — ebenes, flaches Land. Nur ab und zu ein Hügel und kleinere Erhebungen. Steppe und bebauter Land wechseln ab. Grau liegt die Steppe vor mir, das Gras halb vertrocknet, eine öde Fläche von ungeheurer Ausdehnung.

So geht es fast sechzig Stunden bis zum ersten Ziel.

1. Moskau

Die ersten Eindrücke habe ich auch schon gewonnen. Man sieht ja nicht viel auf der Fahrt. Die Passagiere, sie sind nicht besonders auffallend, das Land ist öde, nur eines sticht ins Auge. Die Eisenbahnbediensteten legen offensichtlich keinen allzu großen Wert auf ihre Kleidung.

Ich bin einigermaßen überrascht, als ich bei meiner Ankunft durch einen Be-

amten des Moskauer „Intourist“ erwartet werde. Doch die Ankunft des Facharbeiters ist bereits lange vorher gemeldet. Die „Berliner russische Handelsgesellschaft“ und der „Intourist“ arbeiten eng zusammen. Der mich empfangende Mann ist nicht gerade unfreundlich. Er ist kurz in seiner Rede, spricht nur das Notwendigste und führt mich dann hinaus aus dem Bahnhof zum Büro des „Intourist“. Er ist selbstverständlich ein guter und sicherer Beamter, der es auch an heimlicher Beobachtung nicht fehlen läßt.

Der erste Eindruck von Moskau ist nicht verlockend. Man glaubt sich in einer ganz anderen Welt, nur nicht in der größten und Hauptstadt der Sowjetunion. Tritt man aus der Bahnhofshalle, so fallen sogleich die schlechten Straßen, die verwahrlosten Häuser in die Augen. Herunterhängende Fensterläden, zerbrochene Scheiben, ausgeräumte, verwaiste Läden.

Die Verkehrsmittel sind sehr unzureichend und äußerst primitiv. Eine elektrische Straßenbahn, einige wenige Automobile, aber weit mehr jene seit Jahrhunderten im Gebrauch befindlichen vier-

räderigen Kutschen und dem charakteristischen russischen Bügel über dem Widderrüstzeug, gewöhnlich mit einem Pferd bespannt.

Der Straßenbahnbetrieb mutet höchst armselig an. Als Führer ist meist eine Frau tätig. Ihre Kleidung ist sehr schlecht, genau so wie diejenige fast sämtlicher Wageninsassen. Wer nicht russisch spricht oder irgend etwas zu tragen hat, kann schwerlich mit der Bahn mitkommen. Der Ansturm ist ungeheuer, man macht sich keinen Begriff hiervon. Man schont sich nicht. Höflichkeit ist dem Russen offensichtlich ein Fremdwort.

Kommt man mehr in das Innere der Stadt, so wird der Eindruck besser. Es gibt ganze Straßenzüge großer neuer Häuser, Hotels und Theater, erbaut unter dem jetzigen Regime.

Das Intouristgebäude steht am Theaterplatz, dicht neben dem Hotel Metropol. Alle Facharbeiter, die für Rußland geworden sind, müssen sich dort melden. Hier ist die Seele Rußlands.

Obwohl ich meinen Vertrag schon in Deutschland hatte und er auch meinen ge-

triebsanlagen ausgenutzt wird, sondern auch noch alle die Millionen von jetzt Arbeitslosen in den Produktionsprozeß einbezogen werden.

Unter Anrufung des „Verantwortungsbewußtseins“ der Unternehmergruppe sagte schließlich Lambert-Ribot sogar, die Arbeitgebergruppe könne sich nicht entschließen, durch Annahme des Antrages der Arbeitergruppe zu einer weiteren Verschärfung der Krise beizutragen!

Man fragt sich allen Ernstes, was denn überhaupt die Unternehmergruppe zu einer so sinnlosen und zu allen vollendeten Tatsachen im Gegensatz stehenden Stellungnahme veranlassen konnte. E. Mertens sprach es in der gleichen Debatte klar aus, indem er sagte, er wisse wohl, daß die Arbeitgeber vor allem gegen die gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche kämpfen. Sie fürchten diese gesetzliche Regelung, weil sie sich nicht die Möglichkeit nehmen lassen wollen, bei schlechter wirtschaftlicher Lage ihren Willen den Arbeitern aufzuzwingen.

Die Dinge liegen demnach so, daß die Unternehmer lieber die wirtschaftliche Zukunft der Welt aufs Spiel setzen, als daß sie es zulassen, in Zeiten der Krise etwas zu tun, was die Arbeiter vorschlagen, oder etwas zu unterlassen, was das Unternehmertum immer getan hat: Ausnützung der Krise zur Niederhaltung der Arbeiterschaft!

Die Resolution der Arbeitergruppe gelangte schließlich doch zur Annahme. Es wird darin gesagt, daß man direkt gegen die Ursachen der Krise kämpfen müsse, und die Arbeitslosigkeit zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr als eine Folge der Krise sondern als eine Ursache ihrer Verschärfung betrachtet werden müsse. Die Entschädigung verurteilt jegliche Lohnherabsetzungspolitik und läßt den Verwaltungsrat des I.M. ein, „die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche in allen industriellen Ländern zum Zwecke der demnächstigen Annahme einer internationalen Regelung zu prüfen“.

Die Resolution wurde mit 48 gegen 37 Stimmen angenommen. Daß alle Unternehmervertreter dagegen stimmten, ist nicht verwunderlich. Daß hingegen viele Regierungen, deren Vertreter diese Fragen doch schließlich vom Standpunkt der Interessen des Volksganzen aus betrachten müssen, sich dieser Stellungnahme anschlossen, ist so ungeheuer, daß sie mit Namen aufgeführt werden sollen.

Von den Regierungsvertretern der wichtigsten europäischen Länder stimmte dagegen: Großbritannien, die Niederlande, die Schweiz.

Folgende sind die wichtigsten europäischen Länder, deren Regierungsvertreter für die Resolution stimmten: Deutschland, Oesterreich, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien, Polen und Rumänien.

Eine wirtschaftliche Großmacht

Am 6. Juni wurde der Genossenschaftstag, die diesjährige große Tagung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, eröffnet. Ihm lag ein Jahresbericht des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine vor, dessen Angaben, Zahlen und Bilder deutlich das Leben und Wirken der Konsumgenossenschaften veranschaulichen. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine stellt mit allen seinen Mitgliedern einen lebendigen Organismus dar. Zusammengeschlossen sind in ihm 966 Konsumgenossenschaften im Deutschen Reich. Insgesamt hörten den Deutschen Konsumgenossenschaften am Schlusse des Jahres 3,02 Millionen Haushaltungen, gegen 3,05 Millionen am Anfang des Jahres an. Dieser Mitgliederverlust ist zum Teil auf die Vereinigung der Mitgliedslisten zurückzuführen. Der Umsatz der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes ging 1931 von 1212 Millionen auf 1047 Millionen Mark zurück. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied ermäßigte sich um 397 auf 347 M. Hierin offenbart sich die durch die Krise erzwungene Einengung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung. Die Spareinlagen der Konsumgenossenschaften gingen in dem verfloffenen Unglücksjahr ebenfalls zurück. Dadurch wurden den Genossenschaften die benötigten Betriebsmittel zum Teil entzogen. Während aber die öffentlichen Sparkassen, die Banken usw. für die durch die Finanzkatastrophe herbeigeführten Verhältnisse vom Reich

eine wesentliche Unterstützung bekamen, mußten die Konsumgenossenschaften sich aus eigener Kraft aus der Katastrophe herauswinden. Ueber all dies wird berichtet.

Der Bericht ist ein eindringliches Dokument der Schwierigkeiten, mit denen auch die Konsumgenossenschaften zu kämpfen hatten. Trotz der Not und der Krisenwirkungen wurden die Grundlage und das Gefüge der Konsumgenossenschaften nicht erschüttert.

Dieser Bericht enthält außerdem auch noch lehrreiche Angaben über die Entwicklung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine. Diese hatte im Jahre 1931 einen Umsatz von 428 Millionen gegen 495 Millionen im Vorjahr. Die Stellung der GEG als Produktionsunternehmen geht daraus hervor, daß im verfloffenen Jahre Waren im Wert von 145 Millionen Mark in eigenen Betrieben hergestellt wurden. Im Jahre 1913 betrug die Eigenherstellung erst 10 Millionen und 1925 35 Millionen. Es ist also ein erfreulicher Ausbau der GEG als Produktionsunternehmen vorgenommen worden. Die Erzeugnisse der GEG haben einen vorzüglichen Ruf. Alles in allem: Die Konsumgenossenschaften haben die Krise bisher überstanden, trotzdem sie doppelt darunter zu leiden hatten. Wir wollen dafür sorgen, daß sie auch weiterhin eine wirtschaftliche Großmacht bleiben. Deshalb: **Kauf in den Konsumgenossenschaften!**

nauen Arbeitsplatz verzeichnete, legte man dort diese Bestimmungen erneut endgültig fest. Widerspruch und Hinweis auf die getroffenen Abmachungen waren zwecklos.

Man steht unter russischem Kommando, soviel zeigt sich jetzt, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob es der Berliner russischen Handelsgesellschaft nur darauf ankomme, die Leute erst einmal nach Rußland zu bringen.

Fehlt es an Geld, so erhält man einen Vorschuß in Rubel. Gemäß den Weisungen der Intouristbehörde kann man in einem Hotel essen und übernachten. Falls man aber nicht dienstlich zu tun hat, ist dies ein teurer Spaß. Ein ganz gewöhnliches Essen kostet 6 bis 7 Rubel, und wenn man gar etwas dazu trinkt, d. h. wenn etwas Wein oder Bier zu haben ist, so muß man rund 10 Rubel, also in deutsche Währung umgerechnet rund 20 Mark anlegen. Das Übernachten kostet 3 bis 7 Rubel pro Zimmer und Bett.

Mit einem Schreiben über den zugewiesenen Arbeitsort und begleitet von einem Angestellten der Intourist — der

für mich mit seinem Kopfe hastet — geht es wiederum zum Bahnhof.

Die Reise soll ins Dongebiet, nach dem großen Kohlen- und Industriegebiet der Ukraine gehen.

Von Moskau bis Charkow fährt der Expresszug volle zwölf Stunden. Viel zu sehen gibt es auf dieser Fahrt nicht. Wiederum ebenes, bebautes und unbebautes Land, ab und zu eine Ortschaft, teils mit alten Lehmhütten, teils neuere, nach der Umwälzung erstellte Häuser.

Wenn man sich nun für die Reise nicht gut mit Lebensmitteln eingedeckt hat, ist man sehr übel daran. Unterwegs, durch ganz Rußland, gibt es auf den Bahnhöfen nichts, oder doch nur sehr wenig zu kaufen. Es empfiehlt sich auch, beim Verlassen des Abteils seine Sachen sicherzustellen, sonst passiert es gar zu leicht, daß man bei seiner Rückkehr nicht mehr viel vorfindet. Es gab keinen Fremden, den ich in Rußland getroffen habe, der nicht bestohlen worden wäre

2. Charkow

Der Charkower Bahnhof ist besonders in der wärmeren Jahreszeit von Men-

schen überfüllt. Man macht sich keine Vorstellung von dem Andrang, der übrigens auch auf anderen Stationen, doch in geringerem Maße, herrscht. In Charkow ist es, wie gesagt, besonders schlimm. Es ist die Hauptstadt der Ukraine, großer Eisenbahnknotenpunkt und das Sammelbecken der Industrie. Daher das ungeheure Gemühl. Säßen die Menschen nur auf dem Boden der Bahnhofsanlagen und Bahnsteige, nicht auf Kisten, Kästen und Bündeln, es wäre nicht möglich, jemals durchzukommen.

Beim Austritt aus dem Bahnhof daselbe Bild wie in Moskau. Viele Droschken, einige wenige Automobile und die elektrische Straßenbahn. Trotzdem ist der Eindruck ein besserer. Alles ist viel sauberer, gepflegter. Man glaubt, hier wohne ein ganz anderes Volk.

Eine Front neuer Häuser, ein besonders auffallendes stolzes Gebäude direkt am Bahnhof, eine Weberei. In den Straßen wird an Pflasterungen und Anlage von Wasserleitungen gearbeitet.

Die Hauptstraße der Stadt kann sich sehr wohl mit den Straßen jeder euro-

Krankenpflege zu Hause

Die Not der Zeit zwingt heute manchen, auch bei ernsterer Erkrankung, statt ins Krankenhaus zu gehen, sich häuslicher Pflege anzuvertrauen. Das gleiche gilt für plötzlich auftretende Krankheits- oder Unfälle. Darum ist es gut und nützlich, wenn die Hausfrau oder ihre Stellvertreterin ein wenig mit der häuslichen Krankenpflege Bescheid weiß.

Da ist zunächst das Krankenzimmer. Es sei möglichst geräumig und luftig und gewähre vor allem auch der Sonne Zutritt. Neben Luft und Licht braucht jeder ernstlich Kranke vor allem Ruhe. Weder darf, auch bei geöffnetem Fenster, der Straßenlärm allzusehr hereindringen, noch sollen lärmende Kinder oder gut gemeinte, aber den Kranken aufregende Besuche mehr als nötig das Krankenzimmer betreten.

Das Krankenbett stelle man im Zimmer möglichst so auf, daß es von drei Seiten zugänglich ist. Neben dem Bett stehe ein Nachttisch, den der Kranke bequem erreichen kann. Hier soll eine elektrische Nachttischlampe oder ein gegen Umstürzen gesichertes Nachtlicht, eine Klingel, ein Trinkglas oder eine Schnabeltasse und eine kleine, eventuell mit desinfizierender Flüssigkeit gefüllte Speischale oder Flasche Platz finden.

In die Mitte des Zimmers gehört ein Tisch, der zur Aufstellung der Arzneiflaschen, des Fieberthermometers und der Fiebertabelle dienen soll. Jeder fiebernde Kranke muß zweimal täglich, am besten morgens und in den späten Nachmittagsstunden, gemessen und die abgelesene Temperatur in die Fiebertabelle oder einen ihre Stelle vertretenden Zettel eingetragen werden. Das erleichtert dem Arzt bei seinem Besuch die Beurteilung des Krankheitsbildes ganz besonders.

Für Schwerkranke ist ferner noch eine Bettschüssel erforderlich, die ihnen die

Stuhl- und Harnentleerung im Bett ermöglichen soll. Selbstverständlich müssen die Abscheidungen alsbald aus dem Krankenzimmer entfernt und im Bedarfsfalle im Klosett für die Besichtigung und evtl. Untersuchung durch den Arzt aufgehoben werden. Nach der Stuhlentleerung ist der Kranke vorsichtig zu reinigen und das Zimmer, ebenso wie jeden Morgen und Abend, für einige Minuten zu lüften. Ueberhaupt muß mit besonderer Sorgfalt auf gute Luft und genügende Wärme des Krankenzimmers Bedacht genommen werden.

Für die Pflegerin wie für den Arzt stelle man eine, am besten mit warmem Wasser gefüllte Waschschüssel nebst Seife, Handbürste und einem sauberen Handtuch auf einem besonderen Stuhle bereit. Niemals soll jemand das Krankenzimmer verlassen, ohne sich vorher nach stattgehabter Berührung mit dem Kranken sorgfältig die Hände gewaschen zu haben.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Kranken ist die richtige Lagerung im Bett. Der Kranke darf nicht in Kissen ersticken, er muß aber unter allen Umständen warm genug sein. Dafür sorgt unter Umständen eine gut schließende Wärmflasche oder ein elektrisches Heizkissen. Das Bettlaken soll glatt und möglichst unverstümmelt aufliegen; etwaige Falten, die oft Kranke mit empfindlicher Haut sehr stören können, müssen tunlichst vermieden werden.

Bei Kranken mit Herz- oder Atemstörungen ist nicht selten z. B. eine Hochlagerung des Oberkörpers oder Kopfes erforderlich. Dabei hilft man sich am besten durch Hereinstellen einer Fußbank oder eines umgekehrten Stuhles, die mit Kissen ausgepolstert werden. Vielfach verschafft auch eine Genickrolle oder eine Kniestütze, die man aus zusammengerollten Kissen herstellt, dem Kranken wohlthuende Erleichterung.

Bezüglich der Krankenkost sind natürlich strengstens in jedem Einzelfalle die besonderen Anordnungen des Arztes zu beachten. Die Pflegerin wird indessen zur Hebung des Appetits, zumal in der Zeit der Genesung, sehr viel tun können, wenn sie es versteht, dem Kranken im Rahmen der erlaubten Kost möglichst viel Abwechslung zu verschaffen und die Speisen nett herzurichten. Bei allen Kranken, ganz besonders aber bei ansteckender Krankheit, muß das Gefäß- und Trinkgeschirr, das der Kranke benutzt, irgendwie, etwa durch ein Stückchen Heftpflaster, gekennzeichnet, vom übrigen Hausrat getrennt und mit besonderer Sorgfalt gereinigt werden.

Eine verständnisvolle und hingebende häusliche Krankenpflege vermag den Arzt wirksam zu unterstützen und die Leiden des Kranken wesentlich zu erleichtern. Dr. E. Kayser.

Nazis als Lohndrücker

Der der NSDAP. angehörige Gutsbesitzer Löbbecke in Zissenbrück (Braunschweig) hat gegenüber seinen Landarbeitern einen rigorosen Lohnabbau durchgeführt. Als darauf der nationalsozialistische Betriebszellenobmann des Gutes namens Schröder eine Versammlung der Landarbeiter einberief und in dieser Versammlung einen Streik gegen den Lohnabbau ankündigte, erklärte der nationalsozialistische Arbeitgeber:

Wenn Schröder mit Streik droht, so muß ich die Sache sofort der NSDAP. melden. Schröder weiß ja, was dann mit ihm geschehen wird.

Die Drohung hat jedenfalls bewirkt, daß die nationalsozialistischen Landarbeiter von einem Streik Abstand nahmen und den von ihrem Parteigenossen verfügten Lohnabbau schluckten.

päischen Großstadt messen. Wirklich schöne, geschmackvolle Häuser, Neubauten, Hotels, auch ein großes Kaufhaus für jedermann.

Am Hauptplatz der Stadt steht, wie in Moskau, die Sowjetzentrale, ein riesenhaftes Bürogebäude. Außerdem befindet sich dort ein Geologisches Institut und ein Verwaltungsgebäude für den gesamten Kohlenbergbau der Ukraine. Man vermischt auch einen Zoologischen Garten nicht; eine Volksbank ist vorhanden, die viele Menschen, meist Frauen und Mädchen, beschäftigt. Man könnte sie ihrer Kleidung nach als Fabrikarbeiterinnen ansprechen. Dagegen ist die Kleidung der weiblichen Angestellten in den Bergbau-Büros auffallend modern.

Kirchen sind noch in großer Zahl vorhanden. Soweit man sie nicht abgebrochen hat, sind sie mit einem Bretterzaun umgeben, damit niemand Einlaß finden kann. Von einem Kirchturm ruft allabendlich ein großer Lautsprecher. Es ist der Ruf, mit dem alle Radiodarbietungen in Rußland eingeleitet werden: „An

alle!“ Große Menschenmassen stauen sich, um Nachrichten zu hören.

Von Charkow geht es weiter zum endgültigen Arbeitsplatz. Wiederum in Begleitung eines Sowjetangestellten. Meine Bahnstrecke hatte keine zweite Wagenklasse, also fahre ich dritte. Nur in dieser Klasse kann man russisches Reisen kennenlernen.

Der Russe ist von Natur aus ein Wandervogel innerhalb seines Landes. Hinzu kommt nun noch, daß viele Russen, denen es auf ihrem Arbeitsplatz nicht mehr gefällt, ihr Bündel schnüren, mit der ganzen Familie und aller beweglichen Habe abreisen nach einem Ort, von dem sie erfahren haben, daß es dort bessere Arbeit gebe, vor allem aber mehr Lebensmittel. Das ist stets der ausschlaggebende Punkt.

Wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß Hunderte von Menschen, jeder mit zwei Säcken auf dem Rücken, mit Risten, Kisten, Körben, Bündeln und Decken — und oft gar Betten — in den Armen und Händen auf der Reise sind, daß sich unter ihnen zerlumpte, hungernde und andere

merkwürdige Gestalten aus irgendeinem Winkel Rußlands befinden, so kann man leicht begreifen, wie es in den Zügen aussieht und zugeht.

Schon das Einsteigen macht Schwierigkeiten. Man muß es wirklich miterlebt haben. Es ist schon deshalb nicht so einfach wie bei uns in Deutschland, weil die russischen Wagen Unterbauten haben, die um fast einen Meter höher sind als unsere Wagen. Nun stelle man sich vor, wie Leute mit ihrer ganzen Habe den Zug verlassen wollen und andere ebenso bepackt ihn besteigen. Ein unbeschreibliches, furchtbares Geschiebe, Gedränge und Stoßen hebt an, bei dem der körperlich Stärkere natürlich siegt. Quetschungen an Armen und Beinen, Hautabschürfungen werden ohne Murren hingenommen. Man glaubt, nicht mehr Menschen eines Kulturstaates vor sich zu haben. Aber es gibt keine Unzufriedenheit oder gar Schlägerei; es kann ja keine geben, denn jeder hat die Hände voll, kann sich kaum rühren und obendrein kontrolliert der Schaffner auf dem Trittbrett noch die Karten. (Fortsetzung folgt)